



## Schwarzarbeit: IG BAU fordert mehr Kontrollen vom Zoll

Das auch für den Kreis Kleve zuständige Hauptzollamt Duisburg kontrollierte im vergangenen Jahr 275 Baufirmen

**Kreis Kleve.** Schwarzarbeit im Fokus: Baufirmen im Kreis Kleve sollen häufiger Besuch vom Zoll bekommen. Dies fordert die IG Bauen-Aggar-Umwelt (IG BAU) mit Blick auf neue Zahlen des Bundesfinanzministeriums. Danach kontrollierten Beamte im Bereich des zuständigen Hauptzollamts Duisburg im vergangenen Jahr insgesamt 275 Bauunternehmen – das sind rund 15 Prozent weniger als im Vorjahr. Hierbei leiteten die Zöllner 38 Ermittlungsverfahren wegen nicht gezahlter Mindestlöhne ein. Der Schaden wegen hinterzogenen Steuern und Sozialabgaben belief sich auf rund 18,82

Millionen Euro. Die Zollbilanz geht aus einer Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Beate Müller-Gemmeke (Grüne) hervor. Die IG BAU Duisburg-Niederrhein nennt die Zahlen „alarmierend“. Der Anteil schwarzer Schafe in der Baubranche sei nach wie vor sehr hoch. „Selbst dabei ist noch von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen. Viele Dumping-Firmen gehen nicht ins Netz des Zolls, weil die Beamten mit den Kontrollen überhaupt nicht hinterherkommen“, sagt IG BAU-Bezirksvorsitzende Karina Pfau.

Angesichts des aktuellen Bau-Booms sei davon auszugehen, dass auch die illegale Beschäftigung stark zugenommen habe. „Das Ausmaß krimineller Machenschaften in der Branche ist enorm. Deshalb müssen die Behörden auch im Kreis Kleve noch viel stärker kontrollieren“, so Pfau. Hierfür benötige der Zoll jedoch deutlich mehr Personal – auch beim Hauptzollamt Duisburg. Die IG BAU fordert bundesweit mindestens 10 000 Beamte bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS). Zuletzt waren lediglich gut 6400 FKS-Planstellen besetzt.



Der IG BAU Duisburg-Niederrhein fehlen engmaschige Baustellen-Kontrollen durch den Zoll. FOTO: IG BAU

NRZ Kleve



## Schwarzarbeit: IG Bau fordert mehr Kontrollen

Zollamt Duisburg 2017  
seltener im Einsatz

*Von Holger Dumke*

**Duisburg.** Angesichts des Booms in der Baubranche fordert die Industriegewerkschaft Bau Duisburg-Niederrhein stärkere Schwarzarbeit-Kontrollen durch den Zoll. Tatsächlich ist die Zahl der Kontrollen im Bereich des Hauptzollamtes Duisburg aber zurückgegangen.

Eine Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Grünen-Anfrage gibt Auskunft: 275 Baufirmen bekamen im vergangenen Jahr Besuch von den Duisburger Kontrolleuren. Das waren rund 15 Prozent weniger als im Vorjahr. Wegen nicht gezahlter Mindestlöhne leiteten die Beamten 38 Ermittlungsverfahren ein. Der Schaden durch hinterzogene Steuern und nicht gezahlte Sozialabgaben summierte sich auf 18,82 Millionen Euro.

„Alarmierend“ findet man diese Zahlen bei der IG Bau. „Viele Dumping-Firmen gehen nicht ins Netz des Zolls, weil die Beamten mit den Kontrollen überhaupt nicht hinterherkommen“, ist die Bezirksvorsitzende, Karina Pfau, überzeugt. Bei der Gewerkschaft wird vermutet, dass der Zoll gar nicht genug Kontrolleure habe. Die Finanzkontrolle folge dem Grundsatz „Qualität vor Quantität“, erklärte dagegen eine Sprecherin des Hauptzollamtes. Überdies wolle der Zoll bundesweit 1600 neue Stellen insbesondere für die Mindestlohnprüfung schaffen.



## IG Bau fordert mehr Schwarzarbeitskontrollen

275 Baufirmen in der Rhein-Ruhr-Region bekamen 2017 Besuch vom Zoll – 15 % weniger als im Vorjahr

Von Holger Dumke

**An Rhein und Ruhr.** Die Baubranche hat alle Hände voll zu tun. Die Auftragsbücher sind voll, die Konjunktur brummt. Schwarzarbeit auch? Nach Ansicht der IG Bau Duisburg-Niederrhein müsste der zuständige Zoll viel stärker kontrollieren. Tatsächlich ist die Zahl der Kontrollen im Bereich des Hauptzollamtes Duisburg aber zurückgegangen.

Eine Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Grünen-Anfrage gibt Auskunft. 275 Baufirmen bekamen im vergangenen Jahr Besuch von den Duisburger Kontrolleuren – etwa 15 % weniger als im Vorjahr. Wegen nicht gezahlter Mindestlöhne leiteten die Beamten 38 Ermittlungsverfahren ein. Der Schaden durch hinterzogene Steuern und nicht gezahlte Sozialabgaben summierte sich auf 18,82 Mio Euro. Das Hauptzollamt ist zuständig für Duisburg, Mülheim und Essen sowie den Kreis Kleve und weite Teile des Kreises Wesel.

„Alarmierend“ findet man diese Zahlen bei der IG Bau. „Viele Dumping-Firmen gehen nicht ins Netz



Razzia gegen Schwarzarbeit: Zollner kontrollieren eine Baustelle.

FOTO: DPA

des Zolls, weil die Beamten mit den Kontrollen überhaupt nicht hinterherkommen“, ist die Bezirksvorsitzende, Karina Pfau, überzeugt. Bei der Gewerkschaft wird vermutet, dass der Zoll gar nicht genug Kontrolleure habe, weil Beamte zum stark geforderten Bundesamt für Migration abgeordnet seien.

Die Finanzkontrolle folge dem Grundsatz „Qualität vor Quantität“, erklärte eine Sprecherin des Hauptzollamtes dazu auf NRZ-Nachfrage.

Die Ermittler nähmen risikoorientierte Kontrollen vor, prüften also dort, wo am ehesten mit Schwarzarbeit und Mindestlohnverstößen zu rechnen sei. Überdies, so die Sprecherin weiter, seien beim Zoll bundesweit aktuell insgesamt 1600 neue Stellen als Verstärkung vorgesehen, insbesondere für die Mindestlohnprüfung. Allerdings stünden diese erst nach und nach zur Verfügung.

Mehr Kontrolleure sind nach Ansicht der Gewerkschaft bitter nötig.

Verstöße gegen den zum 1. Januar am Bau bundesweit auf 11,75 Euro gestiegenen Mindestlohn seien vielfach nur schwer festzustellen: „Das geht oft nur durch eine Plausibilitätsprüfung – indem man kritisch fragt, wieviel Leute können wieviel Bauleistung in welcher Zeit schaffen“, so Reinhard Steffen von der IG Bau.

### Überzogene Kosten für Unterkunft

Allzu oft werde der auf dem Papier korrekt gezahlte Mindestlohn durch überzogene Kosten für eine Unterkunft gleich wieder aufgezehrt. Gewerkschaftssekretär Steffen berichtet von Fällen, in denen 800 bis 900 Euro Miete für mit mehreren Personen belegte 45 qm-Wohnungen fällig wurden. In einem Fall seien für einen mit vier Personen belegten Container pro Mann und Nacht 20 Euro fällig gewesen: „Das geht gar nicht. So ein Container ist gar nicht groß genug für vier Mann.“ Obendrein seien manche Arbeitgeber/Vermieter kreativ und erfänden z. B. eine Abgabe für ein „kulturelles Rahmenprogramm“: „Dahinter verbarg sich eine Satellitenschüssel fürs TV-Programm aus der Heimat.“ NRZ